

## CDU/FDP schicken Kinder ins Chaos

Landesregierung ohne schlüssige Konzepte

**Zahlreiche Eltern beklagen zu Recht eine schlechter werdende Betreuungssituation in Dortmunder Kindertageseinrichtungen, unpopuläre personelle Entscheidungen sowie viel mehr Stress, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bewältigen haben.**

Die politisch Verantwortlichen im Rat vermissen darüber hinaus schlüssige Finanzierungskonzepte für den Ausbau weiterer Plätze, die insbesondere für Kinder unter drei Jahren dringend erforderlich sind.

Schulen fühlen sich in ihrem Gestaltungswillen (verpflichtender Ganztag für Gymnasien und Realschulen) eingeschränkt und müssen Beschimpfungen der eigenen Ministerin gegen die Gesamtschulen über sich ergehen lassen.

Verursacher ist in allen Fällen die CDU/FDP-Landesregierung, die seit Einführung des sogenannten Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) heftige Kritik einstecken muss und den Schulen ständig neue Erlasse zumutet, ohne zuvor schlüssige Konzepte entwickelt zu haben.

Als Beispiel führt Kinder- und Jugendausschussvorsitzender Friedhelm Sohn an, dass Eltern nach KiBiz eine Wahlmöglichkeit über die Anzahl der Betreuungsstunden haben sollen und sich danach der Landeszuschuss bemisst. Bereits drei Monate nach Einführung des neuen Gesetzes steht fest, dass die Eltern viel längere Betreuungszeiten buchen, als vom Land prognostiziert. Deshalb muss das Land mehr Geld bereit stellen als geplant. Nun wollen CDU und FDP

mit einem Trick die Ausgaben wieder begrenzen und lassen damit Eltern und Kindergartenträger im Stich.

Das Land plant, 2009 nur Gruppen für Kinder unter drei Jahren finanziell zu fördern, die eine Betreuungszeit von 25 Stunden bieten. „Damit kommen wir aber heute schon bei Kindern von drei bis sechs Jahren nicht zurecht, weil Eltern überwiegend eine Betreuung zwischen 35 und 45 Stunden benötigen“, erläutert Friedhelm Sohn. Mit dieser Absicht könne das Personal nicht mehr angemessen bezahlt werden. Auch die Betriebskosten laufen aus dem Ruder.

Ähnlich konzeptionslos stellt sich das Land im Bereich der Schulpolitik dar. Die Dortmunder CDU versucht hilflos, ihrer Ministerin zur Seite zu springen. So sollen Dortmunder Gymnasien und Realschulen gezwungen werden, Ganztagschule zu werden, obwohl kaum Geld für erforderliche Umbauten oder Personal bereitgestellt wird.

Für den Schulausschussvorsitzenden Hermann Diekneite ist es bei den unzureichenden Rahmenbedingungen verständlich, warum sich keine Schule in Dortmund bereit erklärt hat, diesen Weg zu gehen. Die SPD-Fraktion will stattdessen erst die erforderlichen Umbauten für Mensen und Aufenthaltsräume an einzelnen Standorten in Angriff nehmen, um einen Verbleib über Mittag und darüber hinaus im Schulgebäude vernünftig zu organisieren. „Erst wenn die Raum- und Verpflegungsfrage ordentlich geklärt ist, kann man über richtigen Ganztagsunterricht reden“, so der Schullehrer Diekneite.

## Auf dem Stadthaus die Sonne anzapfen

Anlage erzeugt Strom für zwölf Haushalte

Eine Reaktion auf den Klimawandel ist die umweltschonende Erzeugung von Energie. Deshalb gibt es bereits seit Dezember 2007 auf dem Stadthaus eine Photovoltaikanlage.

Die Anlage verwandelt Sonnenenergie in Strom und speist pro Jahr eine Strommenge in das Energienetz ein, die dem Jahresverbrauch von 12 Zweipersonenhaushalten entspricht.

Darüber hinaus wird ein CO<sub>2</sub>-Ausstoß vermieden, der ca. 150.000 gefahrenen PKW-Kilometern gleichkommt. In der Berswordthalle gibt es eine Anzeigentafel, die Leistung und Gesamtenergie der Anlage zeigt. So können sich Besucherinnen und Besucher der Stadtverwaltung stets über die aktuelle Wirkung der Solarstromanlage auf dem Stadthaus informieren.



Einweihung der Anzeigentafel in der Berswordthalle



Gerti Zupfer und Nadja Lüders von der SPD-Ratsfraktion sowie Siegfried Böcker, Bezirksbürgermeister Innenstadt-Nord (SPD), im Gespräch mit den neuen „Rotkäppchen“.

## 100-mal Sicherheit in den Stadtbezirken

Ausweitung des Präsenz- und Servicedienstes

Sie sind mittlerweile ein fester Bestandteil unseres Stadtbildes: die Mitarbeiter des Service- und Präzisionsdienstes – wegen ihrer markanten Kopfbedeckung auch „Rotkäppchen“ genannt. Sie sorgen zum Beispiel dafür, dass Hunde an der Leine bleiben, Abfälle ordnungsgemäß in die Papierkörbe geworfen werden, Spaziergängerinnen und Spaziergänger nicht belästigt werden – kurzum: Sie tun alles, damit sich die Menschen in Dortmund sicher fühlen.

In die Zuständigkeit der Po-

lizei greifen sie natürlich nicht ein, sondern ergänzen die Arbeit der staatlichen Ordnungshüter.

Aber nicht nur das. Der Service- und Präzisionsdienst leistet auch einen wichtigen arbeitsmarktpolitischen Beitrag. Denn die Streifenkräfte sind in einer Arbeitsgelegenheit mit Entgelt beschäftigt, d.h. sie werden tariflich entlohnt. Diese Beschäftigungsmaßnahme ist ein wichtiges Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt. Über 50 Prozent der Streifenkräfte konnte zuletzt dorthin vermittelt werden.



Wie hier im Evinger Eckestadion genießen die Spieler den immer bespielbaren Belag. Foto: Schmitz

## Neue Kunstrasenplätze

Ehrgeiziges Programm für Sportvereine

Der Rat hat jetzt ein ehrgeiziges Förderprogramm für Dortmunds Sportler beschlossen. Insgesamt sollen 13 neue Kunstrasenplätze entstehen, und jeder Stadtbezirk wird berücksichtigt.

So können sich die Fußballvereine in Lütgendortmund an der Idastraße, in Benninghofen auf dem Sportplatz Hüttenhospitalstraße und an der Hallesche Straße in Körne freuen. Die Ausschreibungen sind bereits soweit vorbereitet, dass Neubauten im Januar starten können. Gleiches gilt für den Sportplatz am Bummelberg in Dorstfeld. Er wurde durch das Jahrhunderthochwasser so stark beschädigt, dass er unbespielbar ist. Etwas gedulden müssen sich die Sportler in Lütgendortmund. Dort wird noch eine Verlagerung des Standortes an

die Römerstraße auf die Machbarkeit hin geprüft.

In Kirchhörde an der Kobendelle ist der Bau eines neuen Kunstrasenplatzes bereits in vollem Gange, so dass schon bald die erste fertiggestellte Anlage übergeben wird. Parallel dazu werden in der ersten Hälfte 2009 die konkreten Planungen für die Plätze begonnen, die ab Ende des Jahres auf der Prioritätenliste stehen. Das sind die Anlagen in Huckarde am Blumenkamp, in Eving im Grävlingholz, an der Schumannstraße in der Nordstadt sowie in der Oesterstraße in Brackel. Zum Schluss folgen im Jahr 2010 in einem dritten Bauabschnitt neue Kunstrasenplätze in den Stadtbezirken Scharnhorst, Mengede und Lütgendortmund.

## Klinikum maximal

Kommunales Haus mit Hilfe von Experten sanieren

Viele deutsche Krankenhäuser stehen vor dem finanziellen Kollaps. Auch in Dortmund steht das Klinikum vor massiven Finanzproblemen. Erschwert wird die Situation durch die Landesregierung, die wichtige Reformbestrebungen des Bundesgesundheitsministeriums zur Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser blockiert.

Auch gibt es nach wie vor keinen Krankenhausrahmenplan für NRW, der die aktuelle Bevölkerungsentwicklung und den medizinisch-technischen Fortschritt berücksichtigt. Der Stopp der Investitionsprogramme in den Jahren 2006 und 2007 durch die CDU/FDP-Regierung hat dazu geführt, dass dem Klinikum Dortmund zugesagte Fördermittel in Höhe von rund 20 Mio. Euro für den Bau des Zentralen Operationsaals gestrichen worden sind.

Aus Sicht der SPD-Fraktion soll das Klinikum auch zukünftig ein Krankenhaus der Maximalversorgung sein. Und zwar in kommunaler Trägerschaft. Das Klinikum hat 23 Fachkliniken und Institute mit insgesamt über 1700 Betten, es hat mehr als 4000 Beschäftigte und behandelt jährlich fast 200.000 Patienten. Damit ist es für den Gesundheitsstandort Dortmund

### Ihr zu helfen

ist unwirtschaftlich...

... für uns aber selbstverständlich.



Sandra M. (30), lebensgefährlich verletzt.

15 große Operationen folgen, 8 Wochen Intensivstation, 3 Monate Krankenhaus.

Behandlungskosten 194.000 €

Vergütung 100.000 €

Nicht erstattet 94.000 €

So will es das Gesetz zur Krankenhausfinanzierung.

Wir fordern deshalb, dass eine leistungsgerechte Finanzierung ebenfalls selbstverständlich ist.

Wir unterstützen das Aktionsbündnis: www.rueckmeldung.de

Klinikum Augsburg  
Klinikum Augsburg - Hohe Warte  
Vivantes Klinika Berlin  
Klinikum Braunschweig  
Klinikum Braunschweig  
Gesundheit Nord Klinikverbund Bremen  
Klinikum Dortmund  
Städtisches Klinikum München  
Klinikum Nürnberg  
Klinikum Stuttgart

Das abgebildete Plakat ist Teil einer Anzeigenkampagne des Aktionsbündnisses „Rettung der Krankenhäuser“, an der sich auch das Klinikum Dortmund beteiligt.

und als großer Arbeitgeber in der Stadt und der Region unverzichtbar. Trotz der schwierigen Ausgangslage wird dem Klinikum von Gutachtern der Firma PWC Sanierungsfähigkeit bescheinigt. Deshalb hat die SPD-Fraktion im Rat dafür gesorgt, dass unserem Krankenhaus ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 20 Mio. Euro in Aussicht gestellt wird.

Allerdings ist ohne eine umfassende Sanierung des Klinikums mit Hilfe eines externen Sanierungsunternehmens eine Konsolidierung nicht zu erreichen. Wie überall müssen auch in Dortmund die Abläufe in-

nerhalb des Klinikums auf ihre Wirtschaftlichkeit und Effektivität hin untersucht werden. Dabei dürfen die Interessen der Patientinnen und Patienten sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht außer acht gelassen werden. Die SPD-Fraktion drängt darauf, so schnell wie möglich ein Sanierungskonzept zu erstellen. Dazu soll ein fachkundiger Krankenhausmanager bis zum Jahresende seine Arbeit aufnehmen. Die Sanierung kann dann in maximal drei Jahren abgeschlossen sein. Über diesen Weg soll eine Privatisierung unseres Krankenhauses verhindert werden.

Öffentliche Podiumsdiskussion zum Thema  
**Zukunft kommunaler Krankenhäuser**  
Mittwoch, 29.10.2008, um 19:00 Uhr im Rathaus Dortmund

## Kinder haben eine Lobby

„Aktionsplan Soziale Stadt“ läuft im Stadtbezirk Lütgendortmund

Nicht nur die Jahrhundertflut im Juli stellt den Ortsteil Marten vor Probleme.

Als einziger Ortsteil im Stadtbezirk Lütgendortmund gehört Marten/Germania zu den 13 Sozialräumen in Dortmund. Doch die Sozialdemokraten in der Bezirksvertretung Lütgendortmund lassen ihre Mitbürger nicht im Regen stehen. Mit sozialdemokratischer Unterstützung sind zahlreiche Projekte geplant und einige bereits auf den Weg gebracht worden, um die Situation vor Ort zu verbessern.

Ausgangspunkt für den „Aktionsplan Soziale Stadt“ war eine Studie, die Bezirke mit einem besonderen Problemdruck lokalisiert hat. In Marten zeichnet sich Handlungsbedarf ab. Hier liegen die Einkommen niedriger und die Arbeitslosigkeit ist höher, als in anderen Stadtgebieten. Dies zeigt sich in leer stehenden Wohnungen und Geschäftsräumen. Entwicklungen, die dringende eine Korrektur brauchen, sonst droht dem liebenswerten Vorort der freie Fall ins soziale Abseits.

Insbesondere die SPD-Bezirksvertreter aus Marten und Germania beteiligten sich an der Suche nach Problemlösungen. Es wurde besonders deutlich, dass Kinder außerordentlich unter den Verhältnissen leiden. In mehreren Gesprächsrunden entwickelten die Sozialdemokraten gemeinsam mit Bürgern, Wohlfahrtsverbänden und Stadtverwaltung Projekte und Lösungen.



Die Steinhammer-Grundschule hat das Pilotprojekt „Schulfrühstück“ erfolgreich umgesetzt. Kein Kind muss mehr mit leerem Magen lernen.

Bereits Ende Juni legte der „Aktionsraum Marten“ vorrangige Handlungsfelder fest. Neben der Schaffung eines Elterncafés und einer verbesserten Sozialberatung erhielt ein kostenloses Schulfrühstück oberste Priorität.

Im August erhielt die Steinhammer-Grundschule einen Zuwendungsbescheid über 4100 Euro für das Pilotprojekt „Schulfrühstück“. Es läuft bis zum Ende des Schulhalbjahres in drei Schulklassen. Das von der Caritas umgesetzte Projekt wird von Eltern unterstützt. Als Ergänzungsfrühstück mit Müsli und Rohkost ersetzt es nicht das Pausenbrot. Doch kein Kind muss mehr mit leerem Magen lernen. Zudem kommen durch das Angebot Themen wie Ernährung, Sozialverhalten und Esskultur zur Sprache. Auch die

Friedensgrundschule steht bereits in den Startlöchern, um gemeinsam mit dem Christlichen Jugenddorf (CJD) ein Frühstück anzubieten.

Die Sozialdemokraten haben sich über die Bezirksvertretung auch für das Projekt „Beziehung aufbauen“ stark gemacht. Mit dem Projekt soll die Nachbarschaftshilfe gefördert werden. Weitere Projektplanungen befassen sich mit einem „Jugendtreff“, einem „Quartiersmanager“ sowie mit der besseren Unterstützung für einkommensschwache Familien.

An den öffentlichen Veranstaltungen zum „Aktionsraum Marten“ können sich interessierte Bürger beteiligen. Ansprechpartnerin für den „Aktionsraum Marten“ ist Kordula Leyk, Telefon: 50 29895, E-Mail: kleyk@stadtdo.de.

### Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt:  
SPD-Fraktion im Rat der Stadt DO  
Dr. Andreas Paust  
Fraktionsgeschäftsführer  
Friedensplatz 1  
44135 Dortmund  
Tel.: 0231 / 574513 Fax: 579147  
Email: fraktion@spd-fraktion-dortmund.de

Sie nutzen das Internet? Sie haben email?  
Dann besuchen Sie uns unter  
[www.spd-fraktion-dortmund.de](http://www.spd-fraktion-dortmund.de)  
und abonnieren Sie dort unseren aktuellen Newsletter!